

Österreichplan und Remigration

Nehkickl und Kicklhammer

Der „Österreichplan“ von Bundeskanzler Nehammer macht Reiche reicher und Österreich und seine Menschen arm.

Schaut man sich Nehammers Plan an, dann will er die Kickl-FPÖ, mit der er bzw. die ÖVP angeblich um keinen Preis nach einer nächsten Wahl koalieren möchte, rechts überholen. Das machen schon ÖVP-Mikl-Leitner in Niederösterreich sowie die ÖVP in Salzburg und Oberösterreich. Das dient dazu, die FPÖ als „ganz normale“ Partei etablieren.

So will Nehammer das „Asylunwesen“ eindämmen, z.B. durch Obergrenzen und Bezahlkarten statt Bargeld. Dabei bekommen Asylwerber bestenfalls ein Taschengeld, der Rest (z.B. Wohnen) wird direkt an den Vermieter überwiesen. Die geltenden Obergrenzen wurden nicht erreicht. Aber auch SPÖ-Doskozil springt auf das Nehammer-Kickl-Programm auf und kann sich eine Koalition auch mit Kickl und der FPÖ vorstellen. Kickl selbst rückt zwar nicht von der plumpen Ausländerhetze ab, redet aber neuerdings auch von „Gastarbeitern“, die er doch im Land haben möchte, weil er die Unterstützung der Wirtschaft will. „Gastarbeiter“ sind für Kickl in Österreich als billige Arbeitskräfte mit weniger Rechten und als Lohndrücker im Interesse der Wirtschaft willkommen. So will ja Wirtschaftskammerpräsident Mahrer 70.000 ausländische Arbeitskräfte ins Land lassen, was eben Lohndruck bedeutet. Mahrer kann sich deshalb auch eine Unterstützung von Kickl und FPÖ nach der Wahl vorstellen, je nachdem was Türkis-Grün noch weiterbrächten. Dass die FPÖ mit der „Remigrationspolitik“ des Identitären Sellner einverstanden ist, stört den obersten Wirtschaftskammerer ganz und gar nicht. Was zeigt, zwischen „Konservativen“, „Bürgerlichen“, Wirtschaft und Industrie gibt es keine „Brandmauer“ gegen Rechts. Das war früher so, siehe 1930er Jahre: März 1933, Februar 1934, März 1938. Als die „Christlich-Sozialen“ = „Vaterländischen“ = Austrofaschisten

mit Diktatur und Ausbeutung, mit Geld aus der Industrie und mit bewaffnetem Paramilitär und Militär die arbeitenden Menschen unterdrückte und schließlich mit der widerstandslosen Aufgabe Österreichs und Zustimmung zum Anschluss, den Nazis den Weg ebneten. Ob Austrofaschist, ob Nazifaschist – Gemeinsamkeit und Hauptsache für beide war und ist: die Arbeitenden sollen unterdrückt bleiben, kuschen und hackeln. Das droht auch heute wieder. Je mehr Kapitalisten in der Wirtschaftskrise ihre Profite bedroht sehen, desto mehr wollen sie das auf dem Rücken der arbeitenden Menschen mit Hilfe ihrer Regierungen ausgleichen. Je mehr die Masse der Bevölkerung aber darunter leidet, beginnt sie sich durch Massenprotest und Streiks zu wehren. Wie das ja schon seit Jahren – gebremst nur durch die Ausnahmegesetzgebung während Coronas – in vielen Ländern nicht nur in der fernen Welt, sondern auch mitten in Europa der Fall ist. Um ihre Profite zu sichern, greifen die Machthaber deshalb verstärkt zu Knüppel, Verbot, Ausnahmegesetzen, Überwachung, Unterdrückung, Kriegerrecht und Krieg.

Dass Nehammer in seinem „Österreichplan“ klarerweise keine Vermögenssteuern vorschlägt, findet natürlich auch bei der FPÖ vollen Anklang. Denn auch der vom FP-Führer herbeigewünschte „Volkskanzler“ hat natürlich nicht vor, die Reichen zu schröpfen und den Armen zu geben. Nehammer, FP und Kickl, Wirtschaft und ihren Medien wollen eine Stimmung des „nach unten treten“ und „nach oben buckeln“ erzeugen. So sollen die Reichen geschont, aber die arbeitenden Menschen mit der Hetze gegen die Ausländer und Flüchtlinge davon abgelenkt werden, von ihren gemeinsamen Ausbeutern, den Unternehmern und Konzernen, bessere Arbeitsbedingungen und eine Erhöhung der Reallöhne bei der höchsten Inflation und Teuerung seit Jahrzehnten zu erkämpfen.

Diese Propaganda und Spaltung soll davon ablenken, dass die in den

Medien hochgespielte und „debattierte“ **„Senkung der Lohnnebenkosten“** nicht mehr, sondern weniger im Börsel bringt, weil dadurch den Arbeitenden die von ihnen bereits erarbeiteten und dann als Sozialleistungen zugutekommenden Leistungen z.B. bei Gesundheit, Pensionen, Arbeitslosengeld, Unfall, Krankheit, Abfertigung, Weihnachts- und Urlaubsgeld, Familienlastenausgleichsfonds (FLAF), usw. in Milliardenhöhe weggenommen werden. **Fast 4 Milliarden Euro will sich so die Regierung bei den arbeitenden Menschen für die Unternehmer und Konzerne holen.**

Für diese Unternehmergeschenke will die ÖVP eben auch die **Senkung des Arbeitslosengeldes** auf 50%. Wer schon einmal arbeitslos war, weiß, was es bedeutet, auf einmal nur mehr mit der Hälfte vom früheren Lohn/Gehalt auskommen zu müssen. Und das betrifft nicht wenige: In Österreich sind mehr als 900.000 Menschen mindestens einmal im Jahr arbeitslos. Das ist rund ein Viertel aller unselbstständig Beschäftigten (ÖGB). Da nicht jedes Jahr dieselben Menschen arbeitslos werden, heißt das, dass Arbeitslosigkeit jeden und jede treffen kann. Wie man bei der jüngsten Insolvenzwelle sieht, trifft eine Arbeitslosigkeit nicht, weil Mann oder Frau faul ist wie die Regierung behauptet, sondern weil die Firmen, wenn ihre Profite ausbleiben, zusperren oder sich in die Insolvenz retten (siehe Signa usw.). Die Kürzung des Arbeitslosengeldes soll wegen der Senkung der Lohnnebenkosten für die Unternehmer kommen und wandert direkt in deren Taschen. Dadurch zahlen Unternehmer und Konzerne noch weniger von der durch die arbeitenden Menschen erarbeiteten Wertschöpfung in die sozialen Kassen. Während die breite Masse der Bevölkerung durch Teuerung immer weniger Kaufkraft hat, sollen sie durch weniger Geld in den Kassen, dann immer mehr der bislang sozialen Leistungen direkt privat selbst bezahlen.

Die von Nehammer angekündigte Abschaffung der „Subventionitis“ ist nur ein weiteres massives Ablenkungsmanöver davon, dass die ÖVP gleichzeitig vorhat, eine neue „Investitionsprämien“ für Unternehmen und Konzerne einzuführen, womit diese weiter mit Milliarden gefüttert werden. Da applaudieren Medien, Wirtschaft, ÖVP, FPÖ und Neos. Die arbeitenden Menschen haben nichts davon.

Auch die immer ärger werdenden Auswirkungen der Abwälzung der **11-Milliarden-Signa-Pleite** auf die arbeitenden Menschen, werden verharmlost. Geschwiegen wird über die Verbindungen von Industrie, Wirtschaft und anderer Spekulanten sowie der Parteien, insbesondere der ÖVP, zu Benko. Gerade einmal der Benko-Gewinnler, Neo-Kapitalist Gusenbauer, wird ein wenig medial gerügt. Die restliche Bande von Altkapitalisten, Immobilienhaien, Banken,

Versicherungen, Bauunternehmen, usw., werden geschont. Sie aber haben bei und mit Benko zuvor abgesahnt, haben diesen groß werden lassen. Sie werden nicht zur Verantwortung gezogen, wenn jetzt die Kosten und weitere Folgen wie Kündigungen oder Ressourcenzerstörung (Bauruinen) auf die Allgemeinheit abgewälzt werden.

Ein ZIB-Interview mit einem der großen Benko-Investoren, Haselsteiner, wird zur Verhöhnung des Publikums, als wäre das alles ein Witz und ein Klax. Nehammer sagte sogar in einem Interview, dass der Allgemeinheit aus der Signa-Pleite kein Schaden entstehen würde.

Gleichzeitig werden dringend nötige Investitionen für die Bevölkerung in wichtigen sozialen Bereichen wie Mieten, Wohnen, Bildung, Gesundheit, Pflege, Energie, Arbeit usw. als unfinanzierbar hingestellt. Bei der Aufrüstung gilt das hingegen nicht:

18 Milliarden Euro für EU-NATO-Sky Shield, Panzer, Hubschrauber, usw. bis 2032 sind mir nix dir nix da!

Es wird klar: Nehammers „Kampf gegen die Subventionitis“ ist in Wirklichkeit ein Kampf gegen die arbeitenden Menschen. Was die Konzerne bekommen, fehlt bei den Menschen.

Und die „soziale Heimatpartei“ FPÖ? Ja, auch sie ist für die Unternehmer und Konzerne, für Lohnnebenkostensenkung, gegen Vermögenssteuern oder für Aufrüstung des Militärs – und somit eines Sinnes mit ÖVP, Neos, Wirtschaftskammer und Industriellenvereinigung.

Auch die FPÖ baut mit an der „Festung“ (Eigenwerbung der FPÖ: „Festung Österreich“) für die Profiteure der Unternehmer und Konzerne gegen die Interessen der Jugend auf eine lebenswerte Zukunft, gegen Arbeiter, Angestellte, Pensionisten, Arbeitslose, Armutsbetroffene.



Solidarität

unsere Chance

Gewerkschafter:innen
gegen Atomenergie und Krieg
ggae@gmx.at * atomgegner.at

ÖSTERREICHISCHES
SOLIDARITÄTSKOMITEE
Plattform pro Sozialversicherung
oesolkom@gmx.at * prosv.at

Nummer 1

solidaritaet@gmx.at

Februar 2024